



BDK-LV Schleswig-Holstein | Polizeizentrum Eichhof Mühlenweg 166 | 24116 Kiel

An den  
Innen- und Rechtsausschuss  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Postfach 7121  
24171 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 16/4217**

**Ihr/e Zeichen/Nachricht vom**  
27.03.09

**Ihr/e Ansprechpartner/in**  
Dirk Czarnetzki  
Stephan Nietz

**Funktion**  
stellv. Landesvorsitzende

**E-Mail**  
[dirk.czarnetzki@bdk.de](mailto:dirk.czarnetzki@bdk.de)  
[stephan.nietz@bdk.de](mailto:stephan.nietz@bdk.de)

**Telefon**  
+49 (0) 431-1602980

Kiel, 20.04.2009

### **Stellungnahme zum Bericht der Landesregierung (Drucksache 16/2393)**

Strategie 2012 und Zukunft der Polizeidienststellen im ländlichen Raum

Sehr geehrte Damen und Herren,  
zunächst möchten wir uns dafür bedanken, dass der Innen- und Rechtsausschuss dem Bund Deutscher Kriminalbeamter die Gelegenheit zur Stellungnahme gibt.

#### **Strategie 2012**

Die im Jahr 2006 von den Amts- und Behördenleitern entwickelten Aussagen der „Strategie 2012“ sind nach dem Verständnis des BDK die Grundlage für das Anfang 2008 begonnene Projekt „Polizei 2012“.

Der BDK hält die in der Strategie vorgezeichneten Entwicklungslinien im Wesentlichen für richtig.

#### **AG Aufgabenentwicklung**

Die nach der Veröffentlichung der Strategie 2012 eingerichtete AG Aufgabenentwicklung hat im Ergebnis ihrer Untersuchungen einen bereits aktuell erheblichen Personalmangel festgestellt, der zudem kontinuierlich anwachsen wird.

Der dramatische Personalmangel bildet sich nicht nur aber insbesondere im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung ab. Die bereits heute vernachlässigten Felder heißen Kinderpornografie, Jugenddelinquenz, Rauschgiftbekämpfung, Handy-Auswertung, Terrorismus, Internet-Kriminalität, DNA-Untersuchung...- die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Die durch den Bericht der AG Aufgabenentwicklung belegte, sog. strategische Lücke wird, soweit es dem BDK bekannt ist, politisch nicht in Zweifel gezogen.



Der Umgang mit dem Problem muss jedoch die interne wie die externe Öffentlichkeit besorgt stimmen.

Wie bei vielen anderen Gelegenheiten stellt die Landesregierung auch in dem vorliegenden Bericht wiederum fest, dass es angesichts der Haushaltslage unrealistisch war und ist, auf zusätzliches Personal oder Haushaltsmittel zu hoffen (!). Vielmehr seien „intern zur Verfügung stehende Gestaltungsspielräume festzustellen und bestmöglich auszunutzen.

Bereits an dieser Stelle ist die politische Argumentation für den BDK nicht mehr akzeptabel.

Erlauben Sie einen Seitenblick auf die Ausstattung der Landespolizei mit Dienst-Kraftfahrzeugen, denn die Situation und das Argumentationsmuster sind ähnlich.

Der tatsächliche Bedarf der Landespolizei an etwa 1400 Dienst-Fahrzeugen ist politisch anerkannt. Tatsächlich werden der Polizei aber nur etwa 1300 Autos zugestanden; ohne die Intervention des Innenministers wären es gar nur etwa 1250 gewesen. Mehr ist angeblich nicht zu bezahlen. Was aber ist die Konsequenz? Wird die Erwartung an die Aufgabenwahrnehmung der Polizei reduziert? Nein. Auch hier wird auf interne Gestaltungsspielräume vertraut, die es nicht gibt. In der polizeilichen Praxis führt dies zu massiven Beeinträchtigungen.

Die Polizei kann die ihr zugewiesenen Aufgaben mit dem vorhandenen Personal nicht mehr ausreichend bewältigen geschweige denn sich damit neuen Herausforderungen stellen.

Wenn nun schon die Hoffnung auf mehr Personal unrealistisch genannt wird, braucht es wenigstens den Mut und die Verantwortungsbereitschaft, der Polizei und schließlich auch den Bürgerinnen und Bürgern des Landes zu sagen, welche Aufgaben zukünftig ebenfalls unrealistisch sein werden oder anders ausgedrückt, wie viel Polizei das Land Schleswig-Holstein sich leisten kann und will.

Die gesamte Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation an eine Nutzung interner Gestaltungsspielräume zu knüpfen, ist aus Sicht des BDK absolut unrealistisch.

Die Zielvorgabe, „die bestehenden Aufgaben mit dem vorhandenen Personal so effektiv wie möglich zu erfüllen“, ist aus Sicht des BDK in mehrfacher Hinsicht ungeeignet, die berechnete Erwartung der Menschen an eine leistungsfähige Polizei zu erfüllen, weil

- sie ständig neu hinzukommende Aufgaben unberücksichtigt lässt, die - teilweise durch politische Vorgaben - entstehen ohne dass in gleichem Maße an anderer Stelle Aufgaben wegfallen;
- die Polizei in den kommenden Jahren durch den Abbau vermeintlicher Überhänge effektiv Personal verlieren wird;
- „so effektiv wie möglich“ schon impliziert, dass Abstriche zu machen sind.

### **Projekt Polizei 2012**

Trotz dieser grundsätzlich kritischen Haltung hat der BDK das Projekt Polizei 2012 im vergangenen Jahr konstruktiv begleitet.



Im laufenden Projekt mussten wir eine teilweise erhebliche Beunruhigung bis hin zur Verunsicherung bei den Kolleginnen und Kollegen, z. B. im Landeskriminalamt, feststellen.

Offiziell wurden über 17.000 Arbeitsstunden in die Projektarbeit investiert.

Bereits während und ganz besonders am Ende der Projektarbeit fokussierte sich die äußere Wahrnehmung sehr stark auf die Zukunft der ländlichen Kleinst-Dienststellen; auch die Überschrift des vorliegenden Berichtes der Landesregierung bringt dies zum Ausdruck.

Aus Sicht des BDK ging und geht diese Diskussion jedoch an den tatsächlichen Problemen der Landespolizei, wie sie sich in der sog. strategischen Lücke abbilden, weitgehend vorbei. Es ist nicht die Sache des Bundes Deutscher Kriminalbeamter für die Schließung oder den Erhalt einmänniger Polizeistationen zu plädieren.

Politisch, allemal im Vorfeld eines anstehenden Wahlkampfes, ist dies sicherlich anders zu bewerten.

Bedenklich ist jedoch, dass dieses populäre, aber im Kern nachrangige Thema die Diskussion derart dominiert hat, dass drängende Fragen unbeantwortet blieben bzw. erneut vertagt wurden.

### **Leitlinie des Innenministers**

Die „Leitlinie zum Umgang mit den (Projekt)Ergebnissen“ bezieht sich in neun von zehn Punkten auf die Ergebnisse der Projektarbeitsgruppe 1.

Die Vorgaben scheinen einen weiten Rahmen für die zukünftige Organisationsentwicklung abzustecken. Fast alles scheint möglich oder zumindest denkbar, wird aber durch den bestehenden Zustimmungsvorbehalt gleichzeitig wieder relativiert.

Für die Kriminalitätsbekämpfung ist allein die ausdrückliche Festlegung, dass Ermittlungsaufgaben nach Möglichkeit – auch spartenübergreifend - zusammenzufassen *sind*, nach Auffassung des BDK eine hinreichend bestimmte Vorgabe.

Verbunden mit der ebenfalls formulierten Möglichkeit, Kriminalpolizeidienststellen innerhalb einer Polizeidirektion zusammenzulegen, ergibt sich die Perspektive, Kriminalitätsbekämpfung zukünftig - mit unbestreitbar positiven Effekten - aus einer Verantwortung heraus zu organisieren.

Unter der Überschrift „Kriminalitätsbekämpfung aus einer Hand“ fordert der BDK dies seit vielen Jahren und unterstützt daher den vom Innenminister vorgezeichneten Weg ausdrücklich.

Eine gewisse Hoffnung verbindet sich für den BDK mit der Aussage, die Empfehlungen der Projektarbeitsgruppen 2 und 3 weiteren, detaillierten Untersuchungen zu unterziehen.

Die Untersuchungen der Projektarbeitsgruppe 2 (LKA) haben keine „internen Gestaltungsspielräume“ aufgezeigt, mit denen die massiven Personaldefizite nachhaltig ausgeglichen werden könnten. Insofern bestehen die Forderungen der AG Aufgabenentwicklung unwidersprochen fort.

Von besonderer Bedeutung ist für den BDK die Empfehlung, zunächst die IT-Organisation der Landespolizei in Gänze zu untersuchen und auszurichten, was bislang immer nur in Teilbetrachtungen geschehen ist.



Die derzeitige Situation stellt sich aus Sicht des BDK noch immer vielfach als „IT-zu-Fuß“ dar, was nicht nur Arbeitszeit verschwendet, sondern auch vielfach zu unbefriedigenden Ergebnissen führt.

Einzig die Untersuchungen der Projektarbeitsgruppe 3 (Aus- und Fortbildung) haben nach Einschätzung des BDK tatsächlich „interne Gestaltungsspielräume“ identifiziert, die geeignet sind,

- die Qualität der polizeilichen Ausbildung spürbar zu erhöhen,
- dabei die Kosten erheblich zu reduzieren,
- und so Möglichkeiten zur Verringerung der strategischen Lücke an anderer Stelle zu eröffnen.

Die Vermeidung der sog. Doppelausbildung, die organisatorische Entflechtung der Aus-/Fortbildung von der Bereitschaftspolizei, die Aufgabe tradierter Betreuungsmodelle und der nicht mehr zeitgemäßen Kasernierung der Auszubildenden sowie nicht zuletzt die deutliche Reduzierung des bis zu dreimal höheren Personalaufwandes der PDAFB Eutin gegenüber der FHVD Altenholz bieten konkrete Ansätze, die unbedingt weiter verfolgt werden sollten. Der BDK bietet zu diesem Thema seine ausdrückliche Unterstützung an.

Über die dargestellte eigene Erwartungshaltung hinaus ist es für den BDK derzeit schwer, die Leitlinien inhaltlich kritisch zu kommentieren.

Die Kritik des BDK geht vielmehr dahin, dass es solcher Leitlinien nicht am Ende des Projektes, sondern beim Projektstart bedurft hätte!

Dies wäre ohne weiteres möglich gewesen und hätte

- den Arbeitsaufwand im Projekt erheblich reduziert,
- die teilweise erhebliche Verunsicherung innerhalb der Landespolizei vermieden
- und nicht erneut ein Jahr vertan, ohne die Landespolizei näher an die Lösung seit langem drängender Probleme zu bringen.

Die zwischenzeitlich erteilten Arbeitsaufträge und die bekannt gewordenen Vorstellungen zu deren Umsetzung lassen aus Sicht des BDK erwarten, dass die Landespolizei erneut in eine Warteschleife geschickt wird.

Es wäre schön, wenn es anders käme, aber für den BDK steht zu befürchten, dass es auch heute einem Jahr noch keine Lösung für die drängenden Probleme der Landespolizei geben wird.

Für weitergehende Fragen steht der BDK-Landesvorstand Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Czarnetzki

Stephan Nietz